



# Antragsbuch II (weitere Anträge)

**für die Kreisdelegiertenversammlung  
der SPD Mitte**

**am 23. April 2016**

Antragsschluss: 08.04.2016  
Sitzung der Antragskommission: 12.04.2016 (kommunales Wahlprogramm)  
20.04.2016, 19.00 Uhr (Einleitung kommunales  
Wahlprogramm und sonstige Anträge)

**Die Empfehlungen der Antragskommission werden auf der KDV  
nachgereicht.**

Erläuterungen:  
Abstimmungsergebnis der Antragskommission werden mit (Ja/Nein/Enthaltung) angegeben.

(K) = Antrag auf der Konsensliste.

Die Antragskommission schlägt solche Anträge zur gemeinsamen Beschlussfassung über eine Konsensliste vor, bei denen in der Antragskommission keine Gegenstimme gegen das Votum abgegeben wurde. Sofern aus der Mitte der Kreisdelegiertenversammlung Widerspruch gegen eine derartige Behandlung eines Antrages besteht, wird gebeten, die Vorsitzende / den Vorsitzenden der Antragskommission und/oder das Sitzungspräsidium hiervon so frühzeitig wie möglich in Kenntnis zu setzen, damit der betreffende Antrag von der Konsensliste genommen wird.

Sofern sich bei längeren Anträgen die Fassung der Antragskommission lediglich in wenigen Passagen von der Ursprungfassung unterscheidet, werden die betreffenden Passagen durch Unterstreichungen hervorgehoben.

## Inhaltsverzeichnis

<b>bezirksbezogene Anträge</b>		<b>1</b>
<b>A02/II/2016</b>	<b>AsF</b>	
Erklärung bei Nichterreichen der Quotierung der KDV-Delegation		1
.....		1
<b>A03/II/2016</b>	<b>Abteilung 9</b>	
Aktionsplan: „Berlin Mitte inklusiv“		2
.....		2
<b>Anträge an den Landesparteitag</b>		<b>4</b>
<b>A04/II/2016</b>	<b>Abteilung 10</b>	
Landeswahlprogramm: Hindenburg		4
.....		4
<b>A05/II/2016</b>	<b>AfA, Abteilung 5 &amp; Abteilung 6</b>	
Landeswahlprogramm: studentischer Tarifvertrag		4
.....		4
<b>A06/II/2016</b>	<b>AfA &amp; Abteilung 6</b>	
Landeswahlprogramm: Lohndumping		5
.....		5
<b>A07/II/2016</b>	<b>Abteilung 10</b>	
Landeswahlprogramm: Mobilität		5
.....		5
<b>A08/II/2016</b>	<b>Abteilung 6</b>	
Landeswahlprogramm: Fahrradverkehr fördern und ausbauen		6
.....		6
<b>A09/II/2016</b>	<b>QueerSozis (Schwusos) Mitte</b>	
Landeswahlprogramm: Haus der Queeren Archive und Museen		8
.....		8
<b>A10/II/2016</b>	<b>QueerSozis (Schwusos) Mitte</b>	
Landeswahlprogramm: Mehr niederschwellige Angebote einer Beratung und Testung auf sexuell übertragbare Krankheiten		8
.....		8
<b>A11/II/2016</b>	<b>QueerSozis (Schwusos) Mitte</b>	
Landeswahlprogramm: Berlin und seine Trans* und Intergeschlechtlichen Menschen		9
.....		9
<b>A12/II/2016</b>	<b>Abteilung 7</b>	
Landeswahlprogramm: Ergänzung „Berlin 2016“		9
.....		9
<b>A13/II/2016</b>	<b>Abteilung 7</b>	
Landeswahlprogramm: Digitalisierung		10
.....		10
<b>A14/II/2016</b>	<b>Abteilung 7</b>	
Landeswahlprogramm: führerloses Fahren		10
.....		10
<b>A15/II/2016</b>	<b>Abteilung 7</b>	
Landeswahlprogramm: Digitalisierung II		11
.....		11
<b>A16/II/2016</b>	<b>Abteilung 7</b>	
Landeswahlprogramm: China		11
.....		11

<b>A17/II/2016</b>	<b>Abteilung 4</b>	
Landeswahlprogramm: fahrradfreundliche Stadt		
.....		12
<b>A18/II/2016</b>	<b>Abteilung 4</b>	
Landeswahlprogramm: Elektromobilität		
.....		12
<b>A19/II/2016</b>	<b>Abteilung 4</b>	
Landeswahlprogramm: Luftbelastung		
.....		13
<b>A20/II/2016</b>	<b>Abteilung 4</b>	
Landeswahlprogramm: Blauen Plakette		
.....		13
<b>A21/II/2016</b>	<b>QueerSozis (Schwusos) Mitte</b>	
Landeswahlprogramm: Wir brauchen mehr ISV (Initiative Sexuelle Vielfalt) in Berlin!!		
.....		14
<b>A22/II/2016</b>	<b>Abteilung 7</b>	
Wahlprogramm der Berliner SPD 2016 – 2021. Kurzfassung		
.....		14
<b>A23/II/2016</b>	<b>Abteilung 9</b>	
Inklusionsplan: „SPD Berlin inklusiv 2017-2023“		
.....		18

## bezirksbezogene Anträge

1 **A02/II/2016**

2 **AsF**

3 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4

5 **Erklärung bei Nichterreichen der Quotierung der KDV-**  
6 **Delegation**

7 Auch in der Wahlperiode 2016-2018 wird die öffentliche  
8 Erklärung der Delegationsleitungen bei Nichterreichen  
9 der Quotierung der KDV-Delegation beibehalten. Dieses  
10 Verfahren hat sich bewährt.

11 Die Rechtfertigung dient zur Sensibilisierung des The-  
12 mas sowie zur Feststellung von strukturellen Proble-  
13 men, z.B. die Terminierung und Dauer von Kreisdele-  
14 giertenversammlungen, den Bedarf an Kinderbetreu-  
15 ung oder die nicht quotierte Wahl einer Delegation in  
16 der Abteilung.

17 Die SPD Mitte ist aufgefordert, darauf zu achten, dass  
18 nicht die persönlichen Gründe der Mitglieder aufge-  
19 führt werden und eine Bloßstellung stattfindet. Es be-  
20 darf keiner öffentlichen Entschuldigung für private und  
21 berufliche Verpflichtungen.

22

23

24 **Begründung**

25 Wie der Gleichstellungsbericht zeigte, beginnen die  
26 Instrumente zur Gleichstellung und Beteiligung von  
27 Männern und Frauen in Mitte zu wirken, auch wenn  
28 der Anteil von Frauen in der Mitgliedschaft der SPD  
29 Mitte immer noch zu niedrig ist. Dabei entspricht eine  
30 stärkere Beteiligung und Einbringung von besonders  
31 von Frauen sowohl den Zielen, als auch den Interessen  
32 unserer Partei.

33 Den Delegationsleitungen obliegt es, zu erklären war-  
34 um es ihnen nicht gelungen ist eine quotierte Delegati-  
35 on aufzustellen. Somit werden Defizite beim Erreichen  
36 der Quotierung und in den angewendeten Mitteln auf-  
37 gezeigt. Dabei soll geklärt werden, ob es um eine einma-  
38 lige Nicht-Quotierung handelt oder um ein strukturelles  
39 Problem. Auch soll die Delegation ansprechen welche  
40 Probleme es gibt und welche Hilfestellungen und Lö-  
41 sungsansätze sie benötigen, um zukünftig für eine Quo-  
42 tierung zu sorgen.

43 Zusätzlich sollen auch quotierte Delegationen die Mög-  
44 lichkeit erhalten, Anmerkungen zu den Abläufen und  
45 der Struktur der KDV einzureichen.

- 1 **A03/II/2016**  
2 **Abteilung 9**  
3 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**  
4  
5 **Aktionsplan: „Berlin Mitte inklusiv“**  
6 Fünfhunderttausend Berliner Bürgerinnen und Bürger  
7 haben eine anerkannte Schwerbehinderung. Die Behin-  
8 derungsformen und die Auswirkungen sind sehr unter-  
9 schiedlich.  
10 Grundsätzlich haben alle Behinderungen in ihrer Wir-  
11 kung etwas Gemeinsames: Sie grenzen Menschen mit  
12 Behinderung überall dort aus, wo auf Grund der Behin-  
13 derungen keine uneingeschränkte Teilhabe am berufli-  
14 chen, gesellschaftlichen, politischen oder persönlichen  
15 Leben möglich ist.  
16 Vor diesem Hintergrund ist es zwingend erforderlich,  
17 im Sinne der UN-Behindertenrechts- Konvention (UN-  
18 BRK), die im Jahr 2009 in Deutschland ratifiziert wur-  
19 de, einen kommunalen Aktionsplan Berlin Mitte inklu-  
20 siv aufzustellen.  
21 Unser Bezirksbürgermeister Christian Hanke und die  
22 bezirkliche Beauftragte für Menschen mit Behinde-  
23 rungen Hildrun Knuth haben dazu einen Aktionsplan  
24 für eine Kurz-, mittel- und langfristige Umsetzung des  
25 „Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit  
26 Behinderungen“ für Berlin Mitte seit dem Jahr 2012 für  
27 die Abteilungen, Ämter und Fachbereiche bzw. Arbeits-  
28 gruppen des Bezirksamtes Berlin Mitte erstellt und im  
29 März 2015 der Bezirksverordnetenversammlung Mitte  
30 vorgelegt.  
31 Die Abteilungen benannten – leider nicht vollständig –  
32 konkrete Maßnahmen, setzten damit Prioritäten, ban-  
33 den diese in zeitliche Abläufe ein und bezifferten finan-  
34 zielle Auswirkungen. Allerdings sind bisher die Maß-  
35 nahmen nur in kleinen Teilen umgesetzt worden.  
36 Die Menschen mit Behinderungen in unserem Bezirk  
37 warten aber auf die Umsetzung dieses kommunalen  
38 Aktionsplans (siehe Schlussbericht zur DS 2146/III vom  
39 19. März 2015) für den Bezirk Berlin Mitte und können  
40 die Verzögerung nicht hinnehmen.  
41 Der Bezirk Spandau ist mit seinem Aktionsplan „Span-  
42 dau inklusiv“ ein starkes Vorbild für Berlin.  
43 Mitte sollte hier systematisch nachziehen.  
44 Die Mitglieder der SPD-Fraktion Mitte werden daher  
45 aufgefordert,  
46 Sich für die Umsetzung des kommunalen Aktionsplanes  
47 einzusetzen und die einzelnen Maßnahmen nachzuhal-  
48 ten.  
49 Die Fachämter kritisch zu hinterfragen, die kaum oder  
50 keine Maßnahmen vorgeschlagen haben.  
51 Bei der Investitionsplanung, der Bauunterhaltungspla-  
52 nung und der Umsetzung von Drittmitteln auf die Um-  
53 setzung des kommunalen Aktionsplanes zu achten und  
54 weitere inklusive Maßnahmen einzufordern.  
55 Einen zweijährlichen Bericht des Bezirksamtes zur Um-  
56 setzung des kommunalen Aktionsplanes nach Fachäm-  
57 tern und Maßnahmen einzufordern.  
58 Der BVV Fraktionsvorstand soll gegenüber dem Kreis-

1 vorstand jährlich über die Punkte 1-4 berichten.

2

3 **Begründung**

4 Mit dem Leitantragsbeschluss Nr. 3 vom Parteivorstand,  
5 des Bundesparteitages in Leipzig vom 14.-16.November  
6 2013 IA 3 „Starke Kommunen für ein gerechtes Land“  
7 hat die SPD, die Kommunen als das Fundament der so-  
8 zialen Demokratie festgestellt und sich für die Teilhabe  
9 Alle und intakte Lebenswelten ausgesprochen.

10 Darin weisen wir auf eine Präventive Bildungs- Familien  
11 und Sozialpolitik hin und das wir Inklusion in den Kom-  
12 munen entwickeln und leben wollen.

13 Die SPD ist eine Mitmachpartei! Der Aktionsplan Berlin  
14 Mitte inklusiv gestaltet diesen Anspruch aus dem IA 3  
15 „Starke Kommunen für ein gerechtes Land“ nachhaltig.

16

Anträge an den Landesparteitag

1 **A04/II/2016**  
 2 **Abteilung 10**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**  
 5  
 6 **Landeswahlprogramm: Hindenburg**  
 7 Ergänzen das Landeswahlprogramms 2016 im Kapitel  
 8 ‚Erinnerungskultur‘, Zeile 23:  
 9 „Die Berliner Sozialdemokraten werden nach der Wahl  
 10 einen Antrag im Parlament einbringen, Paul von Hin-  
 11 denburg aus der Berliner Ehrenbürgerliste zu strei-  
 12 chen.“  
 13  
 14

15 **A05/II/2016**  
 16 **AfA, Abteilung 5 & Abteilung 6**  
 17 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 18 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**  
 19  
 20 **Landeswahlprogramm: studentischer Tarifvertrag**  
 21 Auf Seite 70 Zeile 3 Ergänzung des Satzes “ Den bun-  
 22 desweit weiterhin einmaligen studentischen Tarifver-  
 23 trag begrüßt die SPD Berlin als wichtige Säule guter Ar-  
 24 beit an den Hochschulen.“ um den Halbsatz “ und wird  
 25 sich daher für eine Verbesserung der Arbeitsbedingun-  
 26 gen und des Tarifvertrages der studentischen Beschäf-  
 27 tigten im Land Berlin einsetzen.“  
 28  
 29  
 30 **Begründung**  
 31 Der Tarifvertrag der studentischen Beschäftigten  
 32 (TV Stud II) ist seit 1986 der bundesweit einzige Tar-  
 33 ifvertrag für studentische Beschäftigte. Seit 2001  
 34 gab es keine Veränderung des Tarifvertrages. Das  
 35 Lohnniveau ist seit 15 Jahren gleich, die Mieten und  
 36 die Lebenshaltungskosten in Berlin sind hingegen  
 37 gestiegen. Heutzutage verdienen studentische Be-  
 38 schäftigte rund 20% weniger Gehalt als noch vor 15  
 39 Jahren. Die Zahlung des Weihnachtsgeldes wurde 2003  
 40 von den Hochschulen eingestellt und nach Abschluss  
 41 des Tarifvertrag der Länder, bei dem die Zahlung für  
 42 das hauptamtliche Personal erneut festgelegt wurde,  
 43 auch nicht wieder aufgenommen. Der Großteil der  
 44 studentischen Beschäftigten ist auf die Kombination  
 45 aus Arbeit und Studium, viele arbeiten an den Insti-  
 46 tuten, an welchen sie ihre Abschlussarbeiten oder  
 47 ihre anschließenden Promotionen schreiben wollen,  
 48 angewiesen, da so die Möglichkeit besteht, die ohnehin  
 49 bestehende Doppelbelastung aus Vollzeitstudium und  
 50 Arbeitsverhältnis zu reduzieren. Ohne eine Verbes-  
 51 serung des Gehaltsniveaus des TV Stud II wird es für  
 52 immer mehr Studierende unmöglich, ihr Studium in  
 53 Regelstudienzeit bzw. mit guten Noten abzuschließen.  
 54 Erfahrungen aus der Personalratstätigkeit zeigen, dass

1 an den Hochschulen arbeitende Studierende, um ihren  
2 Lebensunterhalt zu finanzieren, im Schnitt die Regel-  
3 studienzeit um mindestens die doppelte Semesterzahl  
4 überschreiten. Die letzten Tarifverhandlungen 2011  
5 sind erfolglos gescheitert, da die Universitäten keine  
6 substantiellen Angebote unterbreiteten. Heute haben  
7 die Hochschulen immer öfter Probleme offene Be-  
8 schäftigungspositionen im Bereich der studentischen  
9 Beschäftigten zu besetzen. Gerade in Zeiten steigender  
10 Studierendenzahlen führt dies unweigerlich zur Über-  
11 lastung des Berliner Tutorenmodells und Belastung  
12 des Forschungsbetriebes an den Hochschulen. Die  
13 Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind auf  
14 gut ausgebildete Nachwuchswissenschaftler\*innen  
15 angewiesen, denn nur so kann die hochwertige und  
16 vielseitige Berliner Wissenschaftslandschaft langfristig  
17 gute Ausbildungs- und Forschungsarbeit leisten. Das  
18 Land und der Senat Berlin können auf der einen Seite,  
19 nicht die Exzellenz der Bildung fordern und fördern und  
20 auf der anderen Seite, dies auf Kosten des Mittelbaus,  
21 der studentischen Beschäftigten und der Ausbildung  
22 der Studierenden durchführen. Sollte die SPD in Re-  
23 gierungsverantwortung kommen, muss sie sich für  
24 die studentischen Beschäftigten einsetzen und die  
25 Hochschulen nachdrücklich zu Tarifverhandlungen mit  
26 den Gewerkschaften ver.di und GEW auffordern.

---

27 **A06/II/2016**

28 **AfA & Abteilung 6**

29

30 **Landeswahlprogramm: Lohndumping**

31 Auf Seite 22 nach Zeile 5 Einfügung: „Wir setzen uns  
32 gegen Lohndumping im öffentlichen Dienst ein. Eine  
33 Umwandlung von hauptamtlichen Arbeitsplätzen in  
34 Teilzeit- oder Studentische Beschäftigung zum Ziel des  
35 Lohndumpings werden wir bekämpfen.“

36

37 **Begründung**

38 deutliche Formulierung der Bekämpfung missbräuch-  
39 licher Umwandlung von Arbeitsplätzen zum Ziel des  
40 Lohndumpings

---

41 **A07/II/2016**

42 **Abteilung 10**

43 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

44 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

45

46 **Landeswahlprogramm: Mobilität**

47 In das Landeswahlprogramm aufzunehmen:

48 Bei der Planung und Umsetzung der Maßnahmen für ei-  
49 nen behindertengerechten bzw.

50 familienfreundlichen Ausbau von U-Bahnhöfen, den  
51 Bahnhöfen den Vorrang zu geben,

52 die sich im Umkreis von Seniorenwohnanlagen, Senio-



- 1 renpfelegeinrichtungen,
- 2 Krankenhäusern und Kindertagesstätten befinden.
- 3 Die Prioritäten sollten sich nicht nur nach dem Fahrgast-
- 4 aufkommen, sondern vor allem
- 5 nach den sozialen Bedürfnissen richten.
- 6

7 **A08/II/2016**

8 **Abteilung 6**

9 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

11

12 **Landeswahlprogramm: Fahrradverkehr fördern und**  
13 **ausbauen**

14 Das Landeswahlprogramm der Berliner SPD, S. 47 Zeilen  
15 17 bis 27 werden wie folgt geändert:

16 Fahrradverkehr fördern und ausbauen

17 Die vom Senat beschlossene Radverkehrsstrategie für  
18 Berlin von 2013 wird konsequent weiter umgesetzt  
19 und weiterentwickelt. Dabei sollen vor allem folgende  
20 Schwerpunkte gesetzt werden:

- 21 • breite, zum Überholen geeignete, gut befahrba-  
22 re Radverkehrsstreifen an allen Hauptstraßen, wo  
23 möglich baulich abgetrennt von der Fahrbahn, um  
24 Zuparken zu verhindern und die Sicherheit zu erhö-  
25 hen,
- 26 • deutlicher Ausbau von Fahrradstraßen, die auch für  
27 Kinder und ältere Radfahrer\*innen sicher sind, ins-  
28 besondere rund um Schulen und Sportanlagen
- 29 • rascher Umbau der für Fahrräder gefährlichsten  
30 Kreuzungen durch farblich markierte Aufstell- und  
31 Abbiegestreifen und Ampelschaltung
- 32 • deutlicher Ausbau von sicheren Fahrrad-  
33 Abstellanlagen an großen DB-,S- und U-Bahnhöfen  
34 und in Geschäftsstraßen (Fahrradparkhaus am  
35 Hbf.)
- 36 • Bau von Radschnellwegen für Pendler\*innen in  
37 Nord-Süd und Ost-West-Richtung
- 38 • Fahrradstaffeln in allen Bezirken zur Ahndung von  
39 Falschparkern, Rotfahrten, Gehwegfahren, Tempo-  
40 und Abbiegeverstößen sowie Schaffung einer Son-  
41 dereinheit Fahrraddiebstahl
- 42 • Fahrradbeauftragte in allen Bezirken und im Senat,  
43 die fest in die Planung von Verkehrsmaßnahmen  
44 und Umleitungen an Baustellen eingebunden sind;  
45 keine Baustelle ohne sichere Umleitung auch für  
46 Fahrräder
- 47 • zentrale Stelle um aktuelle Mängel an/auf Radwe-  
48 gen (Glas, Bewuchs, nicht geräumter Schnee, etc.)  
49 zu melden und schnellstmöglich (3 Tage) beseitigen  
50 zu lassen
- 51 • die Zielsetzung 5 Euro pro Einwohner pro Jahr für  
52 den Radverkehr konsequent umsetzen

53 Im öffentlichen Raum schaffen wir damit ein attrak-  
54 tives, barrierefreies Umfeld für Fußgängerinnen und  
55 Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer. Neben Ge-  
56 schwindigkeitsbeschränkungen in Wohngebieten wol-

1 len wir weitere Begegnungszonen einrichten, mit der  
2 Priorität für den Fuß- und Radverkehr.

3  
4  
5

6 **Begründung**

7 Begründung:

8 „Der Radverkehr leistet, zusammen mit dem Fußgän-  
9 gerverkehr und dem öffentlichen Verkehr, einen wichti-  
10 gen Beitrag für eine stadtverträgliche, nachhaltige und  
11 sozial gerechte Mobilität. Die Förderung des Radver-  
12 kehrs ist daher ein wichtiges Anliegen des Senats und  
13 soll dazu beitragen, die Lebensqualität in der Stadt auf  
14 Dauer zu erhalten und zu verbessern.““ Mit diesem Satz  
15 wurde die neue Radverkehrsstrategie für Berlin 2013 von  
16 Michael Müller vorgestellt.

17 Wir wollen dass diese Strategie konsequent umgesetzt  
18 und weiter ausgebaut wird. Die Argumente sind im Pa-  
19 pier aufgelistet und nach wie vor gültig.

20 „Radverkehr

21 – macht mobil : Berlinerinnen und Berliner (fast) je-  
22 den Alters können mit dem Fahrrad kurze und mittellan-  
23 ge Wege zeit- und kostengünstig zurücklegen; in Kom-  
24 bination mit den öffentlichen Verkehrsmitteln kann das  
25 Fahrrad auch auf langen Wegen mit dem Auto konkur-  
26 rieren;

27 – verbessert die Lebensbedingungen in der Stadt:  
28 Radverkehr ist leise, verursacht keine Luftschadstoffe  
29 und keine schädlichen Klimagase und beansprucht we-  
30 nig Platz;

31 – kann einen Teil des motorisierten Verkehrs erset-  
32 zen: Fast die Hälfte aller Wege in Berlin ist kürzer als 5  
33 km, ein Drittel dieser kurzen Wege wird dennoch mit  
34 dem Pkw zurückgelegt; viele dieser motorisierten We-  
35 ge könnten auch mit dem Fahrrad erledigt werden;

36 – macht Spaß und erhält die Gesundheit: schon ei-  
37 ne halbe Stunde Radfahren täglich ist nachweislich ge-  
38 sundheitsfördernd;

39 – trägt zur Sicherheit des Verkehrs bei: Je mehr Rad-  
40 verkehr auf den Straßen sichtbar wird, desto mehr stel-  
41 len sich alle Verkehrsteilnehmer darauf ein;

42 – schont den öffentlichen Haushalt: Radverkehrs-  
43 infrastruktur ist vergleichsweise kostengünstig, Investi-  
44 tionen zahlen sich schnell in intensiver Nutzung aus;

45 – unterstützt die wirtschaftliche Entwicklung Ber-  
46 lins: Eine Stadt mit guten Lebensbedingungen und at-  
47 traktiven öffentlichen Straßenräumen ist für alteinge-  
48 sessene wie für neue Bewohner, für Touristen wie für  
49 Geschäftsleute attraktiv.“

50 Der Radverkehr ist in Berlin nach den Fußgänger\*innen  
51 und dem ÖPNV der dritt wichtigste Verkehrsträger, noch  
52 vor dem PKW. Wenn wir den Anteil weiter erhöhen wol-  
53 len, gilt es, die Infrastruktur für den Radverkehr conse-  
54 quenter und vor allem sicherer auszubauen als bisher.  
55 Davon profitieren nicht nur Radfahrer\*innen, sondern  
56 auch Fußgänger\*innen, weil die Fußwege sicherer wer-  
57 den und der PKW-Verkehr, weil Fahrräder deutlich we-  
58 niger Straßenraum benötigen.

1 **A09/II/2016**

2 **QueerSozis (Schwusos) Mitte**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5

6 **Landeswahlprogramm: Haus der Queeren Archive und Museen**

7  
8 Ergänzung im Bereich Kultur oder Forschung des Wahlprogramms

9  
10 Wir wollen in der Mitte unserer Stadt ein Haus der queeren Archive und Museen ermöglichen. Ein Haus das in der Tradition der von den Nationalsozialisten vertriebenen Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld und Johanna Elberskirchen steht und deren Arbeit würdigt. Ein Haus der Erinnerung, der Forschung und der Bildung, sichtbar und für jedes Publikum prominent in der Mitte unserer Stadt platziert. Wir unterstützen die Initiative der in der „Initiative Queer Nations“ zusammenwirkenden schwulen und lesbischen Archive und des Schwulen Museums\*. Im Jahr 2019 jährt sich die Gründung des Instituts für Sexualwissenschaft – das 1933 mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten zerstört wurde- zum 100. Mal. Es ist gerade für dieses Projekt von großer Wichtigkeit, das Berlin diesen Geburtstag würdig und mit weltweiter Ausstrahlung feiert.

26  
27

---

28 **A10/II/2016**

29 **QueerSozis (Schwusos) Mitte**

30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

31 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

32

33 **Landeswahlprogramm: Mehr niederschwellige Angebote einer Beratung und Testung auf sexuell übertragbare Krankheiten**

34  
35  
36 Ergänzungsantrag Wahlprogramm Thema Gesundheit  
37 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die niederschweligen Angebote einer Beratung und Testung auf sexuell übertragbare Krankheiten wie HIV/AIDS, Hepatitis C und Syphilis, etc. eine weitere Verstetigung der Mittel und gegebenenfalls Anpassung an die aktuellen Bedarfe der freien Träger und der staatlichen Behörden, wie den bezirklichen Gesundheitsämtern, erfahren.

42  
43  
44 Die bestehenden Netzwerke zu HIV/AIDS und Hepatitis C über den Austausch und die Verbesserung der Behandlung von erkrankten Menschen sollen durch staatliche Unterstützung gestärkt werden.

47  
48 Die Behandlung von Menschen mit diesen Erkrankungen, die in Berlin Asyl beantragt haben, soll verbessert und gestärkt werden. Der Zugang für diese Menschen gerade zu den staatlichen Behörden muss in eine vertrauensvolle Partnerschaft münden.

51  
52  
53

1 **A11/II/2016**  
2 **QueerSozis (Schwusos) Mitte**  
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
4 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**  
5  
6 **Landeswahlprogramm: Berlin und seine Trans\* und In-**  
7 **tergeschlechtlichen Menschen**  
8 Eigener Bereich im Wahlprogramm am besten nach Text  
9 ISV:  
10 Berlin und seine Trans\* und Intergeschlechtlichen Men-  
11 schen  
12 Obwohl die überfälligen großen Reformen für trans\*  
13 und intergeschlechtliche Menschen bis heute unerfüll-  
14 te Bringschuld der Bundespolitik sind, wird die SPD Ber-  
15 lin dafür sorgen, dass unser Land in diesem Bereich eine  
16 Vorreiterrolle im Bund einnimmt. Der „Initiative Selbst-  
17 bestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlecht-  
18 licher Vielfalt“ (ISV) fällt die Aufgabe zu, durch Integra-  
19 tion von Trans\* und Intergeschlechtlichkeit in die Lehr-  
20 pläne Vorurteile gegen betroffene Mitschüler\*innen ab-  
21 , und das bestehende Angebot zur Beratung von Be-  
22 troffenen und deren Angehörigen weiter auszubauen.  
23 Gesundheitspersonal, Lehrpersonal sowie Mitarbei-  
24 ter\*innen von Behörden, besonders des Jugendamts  
25 und der Polizei, wollen wir für das Thema sensibilisie-  
26 ren.  
27 Für uns hat die Sicherstellung des Selbstbestimmungs-  
28 rechts auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbe-  
29 stimmung der sexuellen Identität für Inter\* und Trans\*  
30 einen hohen Stellenwert.  
31 Wenn sich trans\* bzw. intergeschlechtliche Menschen  
32 aus freier Entscheidung eine Geschlechtsangleichung  
33 wünschen, darf nicht durch das Fehlen von privaten  
34 Finanzmitteln gebremst werden. Die gesetzlichen  
35 Krankenkassen müssen alle Kosten einer Geschlechts-  
36 angleichung tragen.  
37

---

38 **A12/II/2016**  
39 **Abteilung 7**  
40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
41 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**  
42  
43 **Landeswahlprogramm: Ergänzung „Berlin 2016“**  
44 Auf Seite 3 des Entwurfs wird der letzte Satz des Absat-  
45 zes in den Zeilen 18 und 19 wie folgt gefasst:  
46 „Berlin braucht und bekommt wieder mehr städtische  
47 Wohnungen, sanierte Schulen und Kindertagesstätten,  
48 neue Bahnen, Busse, Straßen und Radwege und ausrei-  
49 chend Personal, diese zu entwickeln und zu betreiben.“  
50  
51  
52 **Begründung**  
53 In den Sätzen davor werden die Erfolge der Haushalts-  
54 sanierung dargestellt, und dann darauf hingewiesen,

1 dass eine Neupositionierung notwendig ist.: „Gleich-  
2 zeitig nehmen wir nach 16 Jahren der Konsolidierung  
3 wieder Milliarden in die Hand, um in die Infrastruktur  
4 der Stadt zu 17 investieren.“ Dies ist angesichts der  
5 wachsenden Stadt die richtige Konsequenz. Für die  
6 Entwicklung und den Betrieb der öffentlichen Infra-  
7 struktur wie auch privater Investitionen bedarf es aber  
8 auch mehr Personal.

9 **A13/II/2016**

10 **Abteilung 7**

11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

12 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

13

14 **Landeswahlprogramm: Digitalisierung**

15 Auf Seite 32 des Entwurfs wird der dritte Absatz in den  
16 Zeilen 10 bis 16 wie folgt gefasst:

17 „Die Digitalisierung betrifft alle Berlinerinnen und Ber-  
18 liner, sie verändert die Art wie wir leben und wie wir  
19 arbeiten. Es geht um Wettbewerb und Wahlfreiheit für  
20 Verbraucherinnen und Verbraucher, Datenschutz und  
21 die Kontrolle von Daten, um soziale Teilhabe und Parti-  
22 zipation. Die SPD will durch eine kluge und vorausden-  
23 kende Digitalisierungs- und Netzpolitik die Chancen für  
24 mehr Komfort und Umweltschutz im täglichen Leben,  
25 für intelligente Produktionsprozesse, soziale Teilhabe  
26 und offenen Zugang zu Daten nutzen. Michael Müller  
27 hat gemeinsam mit der Wissenschaft ein Zehn-Punkte-  
28 Programm für die digitale Hauptstadt in die Umset-  
29 zung gebracht. Wir wollen daran ansetzen und das Pro-  
30 gramm zu einer „Digitalen Agenda für Berlin“ auswei-  
31 ten.“

32

33

34 **Begründung**

35 „Kontrolle von Daten“ oder „soziale Teilhabe“ sind  
36 zu eng gefasst: Es geht auch um Wettbewerb und  
37 Wahlfreiheit für Verbraucher, Schutz der Privatsphäre  
38 und Informationsfreiheit. Auf der anderen Seite er-  
39 möglicht Digitalisierung auch mehr Komfort, mehr  
40 Umweltschutz oder Fairness auf den Märkten.

41 **A14/II/2016**

42 **Abteilung 7**

43 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

44 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

45

46 **Landeswahlprogramm: führerloses Fahren**

47 Auf Seite 32 wird in Zeile 24 die Klammer „(z. B. führer-  
48 loses Fahren“) gestrichen.

49

50

51 **Begründung**

52 Das Beispiel „führerloses Fahren“ taugt mittelfristig

1 nicht als Begründung für den Ausbau der digitalen  
2 Infrastruktur, weil noch zu viele Fragen der Technik, der  
3 Sicherheit, des Datenschutzes und der Haftung offen  
4 sind. Zugleich kann führerloses Fahren auf einer Auto-  
5 bahn oder in einer Garage eher Wirklichkeit werden, als  
6 in einer Großstadt.

---

7 **A15/II/2016**

8 **Abteilung 7**

9 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

11

12 **Landeswahlprogramm: Digitalisierung II**

13 Auf Seite 97 werden die Zeilen 10 bis 12 wie folgt neu  
14 gefasst:

15 „Die Digitalisierung eröffnet neue Wege für einen  
16 bürger- und wirtschaftsfreundlichen Staat. Nicht per-  
17 sonenbezogene Daten von öffentlichen Stellen oder  
18 Einrichtungen der öffentlichen Daseinsorge wollen  
19 wir noch stärker für Private öffnen und transparenter  
20 darstellen, damit sie von Unternehmen und Initiati-  
21 ven für innovative Entwicklungen und Services wie  
22 digitalen Fahrplänen oder Informationsportale genutzt  
23 werden können. Umweltschäden, Belastungen von  
24 Lebensmitteln oder Behinderungen im Verkehr sollen  
25 transparent für Bürgerinnen und Bürger werden.“

26

27 **Begründung**

28 Es geht hier nicht um die Veröffentlichung von privaten  
29 und geschützten Daten, sondern um mehr Transparenz  
30 im öffentlichen Handeln und die Nutzung – nicht  
31 geschützter – Daten für mehr neue Geschäftsmodelle  
32 und sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt.

---

33 **A16/II/2016**

34 **Abteilung 7**

35 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

36 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

37

38 **Landeswahlprogramm: China**

39 Auf Seite 68 wird in Zeile 21 das Wort „China“ gestri-  
40 chen.

41

1 **A17/II/2016**

2 **Abteilung 4**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5

6 **Landeswahlprogramm: fahrradfreundliche Stadt**

7 Auf Seite 47, Zeile 28 des Leitantrages Wahlprogramm  
8 der Berliner SPD 2016-2021 wird folgender Satz einge-  
9 fügt:

10 Um Berlin als „fahrradfreundliche Stadt“ weiter  
11 voranzubringen, wird die SPD Berlin für die Radver-  
12 kehrsstrategie des Landes in dieser Legislaturperiode  
13 einen Masterplan Fahrradverkehr vorlegen. Dazu wird  
14 ein Radroutennetz erstellt und erste Radschnellwege  
15 ausgewiesen und entsprechend ausgebaut.

16

17 **Begründung**

18 Der für 2011 anvisierte Masterplan Fahrradverkehr muss  
19 deutlich akzentuiert vorgebracht und der Ausbau  
20 eines stadtweiten Radroutennetzes muss bis Ende  
21 der Legislaturperiode mit messbaren Zielvorgaben  
22 versehen werden.

---

23 **A18/II/2016**

24 **Abteilung 4**

25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

26 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

27

28 **Landeswahlprogramm: Elektromobilität**

29 Auf Seite 49, nach Zeile 4 des Leitantrages Wahlpro-  
30 gramm der Berliner SPD 2016-2021 wird eingefügt:

31 Ausbau des Zukunftfeldes Elektromobilität

32 Die Elektromobilität – auf Basis regenerativer Energie  
33 – wird als Bestandteil des Umweltverbunds gefördert.

34 Dabei soll dem Ausbau der Elektromobilität bei einem  
35 zukünftigen Citylogistikkonzept eine besondere Rolle  
36 zukommen.

37

38 **Begründung**

39 Elektromobilität als Zukunftsfeld ist im Entwurf bisher  
40 gar nicht berücksichtigt. Und gerade beim erklärten Ziel  
41 wirkungsvolle Maßnahmen zur Lärminderung und  
42 Luftreinhaltung zu ergreifen, kann die Elektromobilität  
43 ein wichtiger Mobilitätsbaustein sein.

1 **A19/II/2016**

2 **Abteilung 4**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5

6 **Landeswahlprogramm: Luftbelastung**

7 Auf Seite 50 des Leitantrages Wahlprogramm der Berliner SPD 2016-2021, in Zeile 28, nach dem Wort „ein“ einzufügen:

10 Zur weiteren Minimierung der Luftbelastung und Absenkung der verkehrlichen Feinstaub- und Stickstoffdioxid-Emissionen setzt sich die SPD Berlin für die zügige Weiterentwicklung der Umweltzonen ein. Dazu soll der Anwendungsbereich der Umweltzonen auf Baumaschinen, Binnenschiffe und Dieselloks ausgeweitet werden.

17

18 **Begründung**

19 Eine Baumaschinen und Fahrgastschiffe umfassende Absichtserklärung war bereits Bestandteil der bisherigen Koalitionsvereinbarung. Nur durch eine weitere Reduzierung der Verkehrsbelastungen – gerade auch im Schadstoffbereich – lässt sich eine Vereinbarkeit von Wohnen, Leben und Mobilität in Berlin gewährleisten.

---

25 **A20/II/2016**

26 **Abteilung 4**

27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

28 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

29

30 **Landeswahlprogramm: Blauen Plakette**

31 Auf Seite 50 des Leitantrages Wahlprogramm der Berliner SPD 2016-2021, in Zeile 28 (bzw. im Fall der Annahme von ÄA 3 der Abt. 4 im Anschluss an diesen Passus) einzufügen:

35 Wenn der Bundesgesetzgeber die Voraussetzungen zur Einführung einer Blauen Plakette für Gebiete mit erhöhter Stickoxidbelastung geschaffen hat, wird die SPD Berlin umgehend die entsprechende Anwendung für unsere Stadt prüfen. Nur durch verschärfte Zugangsbeschränkungen für Diesel-Fahrzeuge können die besorgniserregend hohen Abgasemissionen durch Stickoxide in unserer Stadt signifikant gesenkt werden.

43



1 **A21/II/2016**

2 **QueerSozis (Schwusos) Mitte**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5

6 **Landeswahlprogramm: Wir brauchen mehr ISV (Initiative Sexuelle Vielfalt) in Berlin!!**

7 Einfügen

8 Wir brauchen mehr ISV (Initiative Sexuelle Vielfalt) in Berlin!!

9 Die „Initiative Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ (ISV) ist seit 2010 fester Bestandteil sozialdemokratischer Bildungspolitik in Berlin. Ihr Ziel ist es, Homo- und Transphobie zu bekämpfen: in der Schule, bei Behörden, Verbänden sowie der Zivilbevölkerung.

10 Die SPD Berlin fordert die Fortsetzung und Intensivierung der bisherigen Anstrengungen sowie einer fortlaufenden Evaluierung, um Erfordernisse festzustellen und eine Weiterentwicklung voranzutreiben. In den kommenden Jahren liegt der Schwerpunkt auf den Bereichen Bildung und Anti-Diskriminierungsarbeit. Gerade Mehrfachdiskriminierung und die besondere Situation von Trans\*personen müssen stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Innerhalb und außerhalb der ISV müssen erfolgreiche queere Projekte gesichert und ausgebaut werden, was auch eine Tarif-gebundene Bezahlung der Mitarbeitenden einschließt.

11 Die SPD Berlin regt eine Bündelung der unterschiedlichen Kompetenzen zum Thema Queer im Berliner Senat an. Hierbei sollen die einzelnen Fachreferate in den einzelnen Senatsverwaltungen erhalten bleiben. Die Federführung sollte jedoch durch eine Stabsstelle, die in der Senatskanzlei angesiedelt ist, übernommen werden. Dieser Schritt wird Berlins Stellung als Regenbogen-Hauptstadt Europas ausbauen.

12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37

---

38 **A22/II/2016**

39 **Abteilung 7**

40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

41 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

42

43 **Wahlprogramm der Berliner SPD 2016 – 2021. Kurzfassung**

44

45

46 **Unsere Vision**

47 Berlin ist eine wachsende dynamische Weltmetropole. Das begreifen wir als Chance. Diese Entwicklung wollen wir gestalten. Wir wollen ein buntes, weltoffenes, hauptstädtisches Berlin.

48 **Unsere Mission**

49 Wir wollen Berlin als Ganzes gestalten. Gleiche Chancen in der ganzen Stadt mit guter Lebensqualität für alle – das ist unser Leitbild für eine nachhaltige Stadt. Dies zu

1 erreichen erfordert den Verzicht auf alte Denkmuster.  
2 Wir wollen schon Erreichtes ausbauen, aber auch neue  
3 Wege gehen.

4 **Das haben wir schon erreicht**

5 • **Berlin steht heute ganz weit oben auf der globalen**  
6 **Agenda.**

7 Berlin ist eine der attraktivsten Städte der Welt und  
8 zieht Leute aus der ganzen Welt an, die hier le-  
9 ben und arbeiten wollen. Die Besucherzahlen stei-  
10 gen kontinuierlich. Ein Grund dafür ist die Stär-  
11 kung der Kulturförderung sowohl bei den etablier-  
12 ten „Leuchttürmen“ als auch in der freien Szene.

13 • **Die Wirtschaft wächst.**

14 Die Berliner Wachstumsrate liegt über dem Durch-  
15 schnitt der Bundesländer. Die Arbeitslosenzahl ist  
16 gesunken. In der Start-up-Szene ist Berlin führend.  
17 Dank gestiegener Einnahmen und den Sparmaß-  
18 nahmen der Vergangenheit konnte der Haushalt  
19 saniert werden. Jetzt gibt es wieder finanzielle  
20 Spielräume für Investitionen in die Verbesserung  
21 der Infrastruktur und der Berliner Verwaltung.

22 • **Verbesserungen im Wohnungsmarkt initiiert.**

23 Wir haben erste Maßnahmen getroffen, um dem  
24 Druck auf dem Berliner Wohnungsmarkt zu begeg-  
25 nen: Mietpreisbremse angewandt, Zahl der kom-  
26 munalen Wohnungen erhöht, Zweckentfremdung  
27 von Wohnungen eingedämmt, bessere Nutzung öf-  
28 fentlicher Liegenschaften beschlossen.

29 • **Gute Bildungschancen stehen für uns im Fokus.**

30 In der Bildungspolitik sind wir vor allem im wichti-  
31 gen vorschulischen Bereich erfolgreich: 70 Prozent  
32 der Kinder von einem bis drei Jahren sowie 98 Pro-  
33 zent der Kinder von drei bis sechs Jahren werden in  
34 den Berliner Kindertagesstätten betreut.

35 • **Integration und Gleichstellung sind Schwerpunkte**  
36 **zur Erreichung von Chancengleichheit.**

37 Mit unserer Integrationspolitik sind die Aufstiegs-  
38 chancen von Menschen mit Migrationshinter-  
39 grund gestiegen. Wir fördern Integration, aber  
40 wir fordern auch den Willen zur Integration auf  
41 der Basis unserer Werte und Gesetze. Wir haben  
42 die Gleichstellung von Frauen vorangebracht:  
43 Berlin ist mit dem Landesgleichstellungsgesetz  
44 und dem gleichstellungspolitischen Rahmenpro-  
45 gramm bundesweit Vorreiter bei der Durchsetzung  
46 des grundgesetzlich garantierten Rechts auf  
47 Gleichstellung.

48 **Das wollen wir erreichen**

49 •

50 **Die Wirtschaft attraktiv gestalten**

51 **Die Wirtschaft in Berlin wächst. Das wollen wir**  
52 **auch in Zukunft unterstützen. Unsere Schwerpunk-**  
53 **te sind insbesondere**

54 – **innovative zukunftsorientierte Wirtschafts-**  
55 **bereiche: Hochtechnologie und Digitalisie-**  
56 **rung werden wir weiter fördern. Unser be-**  
57 **sonderes Augenmerk gilt Berlin als Grün-**  
58 **dermetropole. Auch die Wissenschaft wol-**  
59 **len wir weiter als Jobmotor nutzen.**

- 1 – der Arbeitsmarkt: Besonderen Wert legen  
2 wir auf Bildung und Ausbildung, die den Zu-  
3 gang aller zum Arbeitsmarkt ermöglichen.
- 4 – Kultur und Tourismus: Beide Bereiche sind  
5 wichtige Wirtschaftsfaktoren für Berlin. Wir  
6 wollen sie nachhaltig weiterentwickeln.
- 7 •
- 8 **Den Wohnungsbau und den Wohnungsmarkt sozi-  
9 alverträglich modernisieren**
- 10 Die wachsende Stadt braucht mehr Wohnungen.  
11 Dies ist eine der größten Herausforderungen für  
12 Berlin in den nächsten Jahren. Dieser Herausforde-  
13 rung lässt sich nur begegnen, wenn viele Maßnah-  
14 men ineinandergreifen:
- 15 – Neubau ist der beste Weg, um Wohnungs-  
16 mangel zu bekämpfen. Hierzu ist ein intel-  
17 ligenter Flächennutzungsplan erforderlich.  
18 Schließung von Baulücken, Verdichtung und  
19 das Bauen in die Höhe dürfen dabei kein Ta-  
20 bu sein.
- 21 – Mehr kommunale und Genossenschafts-  
22 wohnungen sollen den Bestand an bezahl-  
23 baren Mietwohnungen sichern.
- 24 – Neue Wohnformen, z. B. Mehrgeneratio-  
25 enhäuser, wollen wir fördern.
- 26 – Neue Modelle, z.B kiezbezogenen Woh-  
27 nungstauschbörsen wollen wir experimen-  
28 tell erproben.
- 29 – Die schon eingeleiteten Maßnahmen zur so-  
30 zialverträglichen Mietenentwicklung wol-  
31 len wir fortsetzen und weiter ausbauen.
- 32 – Bei der Neuplanung von Quartieren legen  
33 wir Wert auf kurze Wege zwischen Wohnen  
34 und Arbeit.
- 35 •
- 36 **Eine Infrastruktur für die wachsende Weltmetropo-  
37 le Berlin schaffen**
- 38 Berlin verlangt nach vernetzten und intelligenten  
39 Infrastrukturlösungen, mit denen wir die Heraus-  
40 forderungen der Zukunft bewältigen können. Dazu  
41 gehört
- 42 – ein innovatives Mobilitätskonzept, das alle  
43 Mobilitätsarten berücksichtigt, aber einem  
44 modernen Personennahverkehr, Radfahrern  
45 und Fußgängern Priorität einräumt.
- 46 – eine gute digitale Infrastruktur, die die Ver-  
47 netzung vieler Dienstleistungen ermöglicht.
- 48 – eine nachhaltige Energieversorgung und –  
49 nutzung.
- 50 – eine moderne effiziente Verwaltung. In die-  
51 sem Bereich gibt es großen Handlungsbe-  
52 darf. Wir wollen mehr Personal einstellen.  
53 Wir wollen aber auch neue Wege beschrei-  
54 ten bei der Umstrukturierung der Berliner  
55 Verwaltung. Wir wollen ausloten, wo mehr  
56 Personalbedarf besteht und wo die vorhan-  
57 denen Personalressourcen besser eingesetzt  
58 werden können. Außerdem wollen wir Maß-  
59 nahmen – auch finanzieller Art – ergreifen,

- 1 um die Motivation der Mitarbeiter in den öf-  
2 fentlichen Bereichen zu erhöhen.
- 3 •
  - 4 **Bildung als Schlüssel zum Erfolg weiter stärken**
  - 5 **Alle Menschen dieser Stadt sollen die Chance ha-**
  - 6 **ben, ihre Stärken zu entdecken und ihr Potenzial**
  - 7 **auszuschöpfen. Deshalb wird an der Bildung nicht**
  - 8 **gespart. Wir bieten allen die Chance zum Aufstieg,**
  - 9 **erwarten auch den Willen, diese Chance wahrzu-**
  - 10 **nehmen. Dabei ist uns vor allem wichtig:**
  - 11 – **Bildung bleibt in Berlin gebührenfrei: von**
  - 12 **der Kita bis zur Hochschule.**
  - 13 – **Frühkindliche Bildung wollen wir weiter ver-**
  - 14 **bessern.**
  - 15 – **Möglichst viele Ganztagschulen, auch bei**
  - 16 **den Gymnasien, erhöhen die Chancen-**
  - 17 **gleichheit.**
  - 18 – **Die duale Berufsausbildung ist ein Aktiv-**
  - 19 **posten in der deutschen Bildungspolitik,**
  - 20 **deshalb wollen wir die berufliche Bildung**
  - 21 **weiter stärken.**
  - 22 – **Wir stehen für die individuelle Förderung al-**
  - 23 **ler Talente; Inklusion wollen wir verwirkli-**
  - 24 **chen.**
  - 25 – **Die große Aufgabe der Schulsanierung und**
  - 26 **Schulmodernisierung wollen wir aktiv ange-**
  - 27 **hen; den Investitionsstau in diesem Bereich**
  - 28 **wollen wir beenden.**
  - 29 – **Den Wissenschaftsstandort Berlin mit sei-**
  - 30 **nen modernen Hochschulen wollen wir wei-**
  - 31 **ter ausbauen; auch in diesem Bereich soll**
  - 32 **Berlin Weltmetropole werden.**
  - 33 •
  - 34 **Berlin als Stadt für Alle gestalten**
  - 35 **Wir wollen ein buntes Berlin, in dem sich viele zu**
  - 36 **Hause fühlen. Dazu werden wir viele Aspekte be-**
  - 37 **rücksichtigen müssen:**
  - 38 – **Wir sorgen dafür, dass keiner wegen seines**
  - 39 **Geschlechts, seiner Herkunft, seiner Religi-**
  - 40 **on, seines Lebensstils oder einer Behinde-**
  - 41 **rung diskriminiert wird.**
  - 42 – **Wir wollen soziale Sicherheit für Alle errei-**
  - 43 **chen.**
  - 44 – **Berliner müssen sich überall sicher füh-**
  - 45 **len können. Rechtsfreie Räume in einzelnen**
  - 46 **Kiezen oder auf öffentlichen Plätzen werden**
  - 47 **wir deshalb nicht dulden. Wir werden die**
  - 48 **Anzahl der Polizeikräfte erhöhen und die Po-**
  - 49 **lizei besser ausstatten. Konzepte zur Null-**
  - 50 **Toleranz werden wir weiter erproben.**
  - 51 – **Die Gesundheitsversorgung in Berlin hat ein**
  - 52 **hohes Niveau. Wir wollen dies erhalten und**
  - 53 **weiter ausbauen. Besonderes Augenmerk**
  - 54 **richten wir dabei auch auf den Pflegebe-**
  - 55 **reich, der in Zukunft aufgrund der demogra-**
  - 56 **fischen Entwicklung wichtiger wird.**
  - 57 – **Neuankömmlinge wollen wir in unsere**
  - 58 **Stadt integrieren. Das Erlernen unserer**
  - 59 **Sprache und der Zugang zum Arbeitsmarkt**

1 sind uns dabei besonders wichtig. Wir  
2 streben eine Integrationspolitik aus einem  
3 Guss an. Wir erwarten von Menschen aus  
4 anderen Kulturen Respekt für die Werte, die  
5 in unserer Stadt für das Zusammenleben  
6 gelten.  
7 – Den für Berlin unersetzlichen Bereich der  
8 Kultur, einschließlich seiner weltweit ge-  
9 rühmten freien Szene, werden wir weiter  
10 stärken und entwickeln. Dabei legen wir  
11 Wert darauf, den Zugang für Alle zur Kultur  
12 zu erleichtern.  
13 – Den Bürgern wollen wir unsere Pläne frühzei-  
14 tig erklären. Bürgerbeteiligung ist uns wich-  
15 tig, sie kann aber die repräsentative Demo-  
16 kratie nicht ersetzen, sie begleitet sie. Wich-  
17 tig bleibt deswegen der Dialog zwischen Po-  
18 litik und Gesellschaft, der am Ende durch  
19 die Kompromissbereitschaft aller Gruppen  
20 zu einem gesellschaftspolitischen Konsens  
21 im Interesse aller betroffenen Berlinerinnen  
22 und Berliner führt. Das gesamtstädtische In-  
23 teresse muss dabei immer vor Teilinteressen  
24 einzelnen Gruppen stehen.  
25 **Wir haben uns viel vorgenommen.**  
26 **Wir wollen das.**  
27 **Wir können das.**  
28  
29  
30  
31  
32

---

33 **A23/II/2016**  
34 **Abteilung 9**  
35 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
36 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**  
37  
38 **Inklusionsplan: „SPD Berlin inklusiv 2017-2023“**  
39 Fünfhunderttausend Berliner Bürgerinnen und Bürger  
40 haben eine anerkannte Schwerbehinderung. Die Be-  
41 hinderungsformen und die Auswirkungen sind sehr un-  
42 terschiedlich. Grundsätzlich haben alle Behinderungen  
43 in ihrer Wirkung etwas Gemeinsames: Sie grenzen  
44 Menschen mit Behinderung überall dort aus, wo auf  
45 Grund der Behinderung keine uneingeschränkte Teilha-  
46 be am beruflichen, gesellschaftlichen, politischen oder  
47 persönlichen Leben möglich ist.  
48 Vor diesem Hintergrund ist es zwingend erforder-  
49 lich, im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention  
50 (UN-BRK), die im Jahr 2009 in Deutschland ratifi-  
51 ziert wurde, einen innerparteilichen Berliner SPD  
52 Inklusionsplan aufzustellen.  
53 Die SPD würde damit einen we-  
54 sentlichen Beitrag zur Umsetzung des Artikels 29 der  
55 UN-BRK leisten, in dem uneingeschränkte Teilhabe  
56 am politischen und öffentlichen Leben gefordert wird.

1  
2 haben uns u.a. vorgenommen, dass kein Mitglied mehr  
3 auf Grund seiner Behinderung am innerparteilichen  
4 politischen Leben ausgeschlossen werden darf.  
5 Die Ausarbeitung eines solchen Inklusionsplans soll  
6 durch eine einzusetzende (parteiöffentliche) Arbeits-  
7 gruppe des Landesvorstands geleistet werden. Dabei ist  
8 die beauftragte Arbeitsgruppe angehalten einen Zeit-  
9 plan zu erstellen, der für den Zeitraum von 2017 bis 2023  
10 bestimmte nicht aufeinander aufbauende zu erreichen-  
11 de Ziele formuliert, die nachhaltig und ökonomisch ver-  
12 tretbar umgesetzt werden können.  
13 Der Inklusionsplan muss den Anspruch haben für  
14 jede Gliederung der Partei eine Handlungsanleitung  
15 darzustellen, damit kein Mitglied mehr auf Grund  
16 seiner Behinderung vom innerparteilichen Leben aus-  
17 geschlossen wird. Gewährleistet wird dies durch eine  
18 im Inklusionsplan näher zu formulierende Form der  
19 Rechenschaft durch den Landesvorstand.

20  
21 **Begründung**  
22 Mit dem Leitantragsbeschluss Nr.1, des Bundespartei-  
23 tages in Leipzig vom 14.-16.November 2013  
24 „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ hat sich die SPD, gegen  
25 eine permanente Ausgrenzung und für eine inklusive  
26 Gesellschaft ausgesprochen.  
27 Die Parteimitglieder werden in diesem Beschluss auf-  
28 gefordert, hinsichtlich dieser Querschnittsaufgabe Re-  
29 formaufgaben für eine vorrausschauende Zukunft un-  
30 serer Partei zu erarbeiten. Die SPD ist eine Mitmachpar-  
31 tei! Der Berliner SPD Inklusionsplan gestaltet diesen An-  
32 spruch nachhaltig.